



Mitmachen!

Es gibt viele Möglichkeiten, sich in der SPD Darmstadt-Dieburg zu engagieren, ob mit oder ohne Parteibuch

Bürgerbeteiligung und Transparenz von politischen Prozessen sind nicht erst seit den Protesten um Stuttgart 21 Schlagworte, die Politiker jeder Farbe gerne nutzen.

Reden ist das eine, konkretes Handeln das andere. Die SPD ist seit jeher bemüht, möglichst breite Teile der Bevölkerung in die politischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Selbstkritisch muss man gestehen: Leider gelingt uns das nicht immer. Oft sind Handlungen von Politikern für Außenstehende nicht nachvollziehbar. Häufig werden aber auch gesetzlich vorgesehene Bürgerbeteiligungsrechte nicht rechtzeitig von den Betroffenen wahrgenommen – auch hier ist Stuttgart 21 ein gutes Beispiel.

Erst wenn Entscheidungen nach langem Abwägen längst gefallen sind, die Bagger rollen und die Politikerreden für alle sichtbar werden, dann regt sich der Protest.

Wir als SPD in Darmstadt-Dieburg wollen den Versuch unternehmen, noch mehr als bisher über Projekte und Vorhaben zu informieren. Dazu gehört auch die rechtzeitige Einbindung interessierter Menschen in Entscheidungsprozesse. Dies gilt sowohl bei der innerparteilichen Willensbildung, als auch für das Verhältnis zu (noch) Nichtparteimitgliedern. Seit Jahren sitzen in vielen Städten und Gemeinden auch Parteilose in den SPD-Fraktionen der Kommunalparlamente und engagieren sich für die Menschen vor Ort.

Jeder, der bei der SPD mitmachen will, ist herzlich willkommen. Auf Kreisebene sind wir gerade dabei, verschiedene Themenwerkstätten zu bilden, bei denen Interessierte die Möglichkeit haben, sich gemeinsam über Themen auszutauschen, Vorschläge für besseres künftiges Handeln zu erarbeiten und in die Partei einzubringen. Zur Zeit gibt es eine

solche Gruppe Interessierter für die Bereiche zukunftsfähiger Energie, Integration und Sozialpolitik. Wer Interesse hat, meldet sich einfach bei unserer Geschäftsstelle (jensen.fleckenstein@spd.de, Telefon 06151-45071)



und wird eingeladen, ganz gleich, ob er SPD-Mitglied ist oder nicht!

Beteiligung von Mitgliedern und Sympathisanten ist eine Seite, mehr innerparteiliche Demokratie eine andere. Die Kreis-SPD hat Elemente wie Mitgliederbegehren und Mitgliederentscheid vor zwei Jahren in ihre Satzung aufgenommen. Auch ohne die Funktionäre sind die Mitglieder nun in der Lage, konkrete

politische Willensbildungen selbst zu initiieren und für alle verbindlich entscheiden zu lassen. Leider gilt dies bisher nur für Sachthemen und noch nicht für Personalentscheidungen.

Ich persönlich bin sehr dafür, die Mitglieder unserer traditionsreichen Partei künftig auch in Personalfragen, sei es bei der Wahl der oder des Parteivorsitzenden oder bei der Kandidatenauswahl, entscheiden zu lassen. Auch finde ich die Idee eines Mitgliederparteitages, bei der nicht nur die Delegierten der Ortsvereine abstimmen, sondern jedes Mitglied selbst entscheiden und wählen darf, sehr sympathisch.

An diesen Dingen will ich gemeinsam mit dem Vorstand der SPD Darmstadt-Dieburg arbeiten, um die SPD weiter zu öffnen.

Mitmachen ist das Kernelement unserer Demokratie. Bei der SPD darf und soll jede/r mitmachen – unabhängig, ob er ein SPD-Parteibuch hat oder nicht.

Patrick Koch

Vorsitzender des
SPD-Unterbezirks Darmstadt-Dieburg

Inhaltsverzeichnis

Mitmachen!	1
Verkauf der Nassauischen Heimstätte oder eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung?	2
Inklusion – Einbeziehung behinderter Menschen in unsere Gesellschaft	3
Nächstenliebe und soziale Gerechtigkeit	4

**Nachtflugverbot
auf Rhein-Main durch
Bundesverwaltungs-
gericht bestätigt.
Der Wortbruch
von Roland Koch
ist damit vom Tisch.
Die Anwohner
können aufatmen!**

Impressum

Verantwortlich i.S.d.P.:

Vorstand der SPD Mühlthal

Vorsitzende:

Ruth Breyer

In der Steinkaute 1A
64367 Mühlthal

Tel. 0 61 51 / 95107 10
ruth-breyer@t-online.de
www.spd-muehlthal.de

Gesamtherstellung:

Ralf-Hellriegel-Verlag
64297 Darmstadt
Tel. 0 61 51 / 88 00 63

Verkauf der Nassauischen Heimstätte oder eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung?

Nachdem zuletzt im Dezember 2011 erneute Verkaufsabsichten der CDU/FDP-geführten Landesregierung publik wurden, reagierte die SPD-Landtagsfraktion umgehend mit einem Dringlichkeitsantrag, um einen Verkauf der Nassauischen Heimstätte (NH) zu verhindern. Dies betrifft auch unsere Region mit ca. 800 Wohnungen im Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Damit die Reaktion der SPD in Hessen besser verständlich wird, nachfolgend ein kurzer Abriss der Entwicklung und des sozialen Engagements der NH: Gegründet wurde die Nassauische Heimstätte vor 92 Jahren. Sie ist bis heute ein Stück Architekturgeschichte. Das architektonische Konzept waren Funktionalität und kollektive Einheit und gleichzeitig eine strukturelle politische Maßnahme, durch das Bauen von Wohnungen einen Mangel zu beseitigen.

Nach dem 2. Weltkrieg übernahm die „Nassauische“ die gemeinnützige Aufgabe des sozialen Wohnungsbaus. Land und Kommunen gaben Geld und stellten Grundstücke zur Verfügung. Auch in Mühlthal verfügt die Nassauische über 24 Wohneinheiten. In der weiteren Zukunft übernahm die Nassauische Heimstätte zusätzlich Planung und Bau von Kindergärten, Schulen und Gemeinschaftshäusern. 1989 wurde den Wohnstätten die Gemeinnützigkeit aberkannt. Seitdem mussten Steuern bezahlt werden und damit verbunden war auch eine stärkere wirtschaftliche Orientierung. Die Unternehmensgruppe NH befindet sich im öffentlichen Eigentum.

Nach wie vor ist laut Gesellschaftsvertrag der Zweck der Heimstätte „eine vorrangig sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung“ (32% der Mieter haben einen Migrationshintergrund; das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen liegt bei € 1500,00 (landesweiter Durchschnittslohn beträgt € 2100,00); 41 % der Mieterinnen und Mieter beziehen eine Rente; ca.

8 % erhalten Transferleistungen, d.h. Arbeitslosengeld bzw. Sozialleistungen (sogenanntes Hartz IV). Für diesen Personenbereich ist es extrem wichtig, bezahlbaren Wohnraum zu erhalten, der auch in einem annehmbaren Zustand ist.

Notwendige Umbaumaßnahmen wären hier eine altengerechte Anpassung, damit auch die älteren Mieterinnen und Mieter noch möglichst lange in ihren Wohnungen leben können; und damit verbunden spezielle Angebote in ihrem Wohnumfeld. Des Weiteren

ist eine Sanierung nach den aktuellen energetischen Standards empfehlenswert und notwendig. Diese Maßnahmen liegen nach den vorliegenden Zahlen sicherlich im realisierbaren Rahmen. Für Instandhaltung und Modernisierung werden jährlich bereits 80 Mill. Euro investiert. So betrug 2010 die Bilanzsumme 2,1 Mrd. Euro, erwirtschaftet wurde ein Umsatzerlös von 396 Mio. Euro.



Raffgeier über der NH!

Die NH trägt auch wesentlich dazu bei, eine Ghettoisierung

bestimmter Bevölkerungsgruppen (wie z.B. alte Menschen, arme Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund) zu verhindern und in den Wohnquartieren für eine entsprechende Durchmischung zu sorgen. Diese auch für den sozialen Frieden wichtigen Überlegungen finden ihre Berücksichtigung in dem „NH Projekt Stadt“, eine nachhaltige Stadt- und Projektentwicklung im In- und Ausland.

Diese traditionsreiche und nach wie vor soziale Kompetenz muss erhalten bleiben. Deshalb setzt sich die SPD in Hessen und auch die SPD in Mühlthal für den Erhalt der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte Wohnstadt in öffentlicher Hand ein; denn auch in Mühlthal vermietet die „Nassauische“ 24 Wohnungen. Wir bitten Sie, weitere Kampagnen der SPD für dieses Ziel zu unterstützen und sich für bezahlbare Mieten in einem sozialen Umfeld einzusetzen.

Ruth Breyer

Inklusion – Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in unsere Gesellschaft

Mit der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung hat sich die Bundesrepublik Deutschland zu Beginn des Jahres 2009 verpflichtet, die Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung zu fördern und ihre Diskriminierung in der Gesellschaft zu unterbinden. Ein Kriterium hierfür ist die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems zu einem inklusiven / einbeziehenden Bildungssystem, in dem alle Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gemeinsam lernen können.

Der Begriff „Inklusion“ stammt aus der Behindertenpädagogik und hat sich dort bewährt, jedoch gilt die Inklusionsidee nicht nur für Menschen mit Behinderungen, sondern für alle Bevölkerungsgruppen. Sie gilt nicht nur für die frühkindliche Bildung und unsere Schulen, sondern für alle Zweige des gesellschaftlichen Lebens.

Für unser Schulwesen in Mühlthal bedeutet Inklusion, dass sich unsere Grundschulen in Nieder-Ramstadt, Traisa und Nieder-Beerbach anpassen. Hier ist die Vielfalt der Schülerinnen und Schüler die Norm, da es normal ist, verschieden zu sein. Die Grundschule stellt sich auf diese Vielfalt ein und passt entsprechend die Rahmenbedingungen den Bedürfnissen und Besonderheiten der Schülerinnen und Schüler an.

Die SPD muss deshalb dafür kämpfen, dass in Mühlthal aktiv auf die organisatorische Weiterentwicklung unserer Einrichtungen (U3-Betreuung, Kindertagesstätten und Grundschulen) Einfluss genommen wird. Dies bedeutet für die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in der Gemeindevertretung, dass sie sich für eine Verbesserung der Orientierung z.B. in unseren Kindertagesstätten einsetzen, da dies für viele Kinder mit Behinderung eine große Barriere darstellt. Die Orientierungshilfen müssen leicht verständlich sein und so gestaltet werden, dass sie auch die Bedürfnisse sinnesbehinderter Menschen berücksichtigen. Außerdem müssen unsere Gebäude barrierefrei sein, um sie mit einem Rollstuhl befahren zu können. Eine Voraussetzung dafür ist, dass alle Bereiche stufenlos erreichbar sind.

Des Weiteren ist die Unbenutzbarkeit von Sanitärräumen ein großes Hindernis für Menschen mit Behinderungen und wir müssen uns deshalb für die barriere-

freie Gestaltung von Sanitäranlagen einsetzen. Zudem müssen vor Ort weitere Aspekte wie die Lichtverhältnisse oder die Akustik bei Sanierungen und Neubauten beachtet werden. Hierbei darf die schlechte Haushaltslage der hessischen Kommunen kein Hindernis darstellen. Davon profitieren letzten Endes alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Ebenso wird die Nutzung der Gebäude durch Seniorinnen und Senioren erleichtert (z.B. Volkshochschulkurse, Weiterentwicklung zum Mehrgenerationenhaus).



Die SPD muss und wird sich aktiv für die Umsetzung der Inklusion in unseren Bildungseinrichtungen einsetzen und dafür sorgen, dass notwendige Maßnahmen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention auch durchgeführt werden, damit für jeden eine freie Wahl der Kindertagesstätten, Grundschulen und natürlich auch weiterführenden Schulen oder Berufsschulen garantiert ist.

Matti Merker

Herzliche Einladung zum
Grillfest der SPD Mühlthal
7. Juni 2012 (Fronleichnam)
Ab 11:00 Uhr in der Grillhütte „Am Boschel“
(hinter der Feuerwehr in Nieder-Ramstadt)
Wir bieten zur Geselligkeit Steaks,
Würstchen, Getränke, Kaffee und Kuchen
zu zivilen Preisen.
Ihre SPD Mühlthal

Nächstenliebe und soziale Gerechtigkeit

Verhaltensbiologen meinen, Nächstenliebe habe sich zunächst aus der Brutpflege entwickelt, um dann über Familie, Clan, Stamm, Volk usw. soziale Gemeinschaften abzusichern. Erste religiöse Hinweise finden sich im Alten Testament (3. Buch Mose, 18, 19). Jesus von Nazareth hat die Forderung „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst“, Neues Testament (Matth. 25, 40), dann auf Menschen aller Völker ausgedehnt.



© Microsoft

Im Islam finden sich in den Hadith, den den Koran ergänzenden Überlieferungen, ebenfalls Hinweise auf tätige Nächstenliebe (Hadith Nr. 13 & 45). Hierzu gehört mittelbar auch die 3. Forderung der „Fünf Pfeiler des Islam“ bezüglich Almosengabe. Auch im Buddhismus hat die Nächstenliebe (Karuna) als tätiges Mitgefühl und Erbarmen eine ähnliche Bedeutung, ist jedoch an kein göttliches Gebot geknüpft.

Nun sind religiöse Forderungen eine Seite, die alltägliche Realität die andere. Zahlreiche Religionskriege in Vergangenheit und Gegenwart sind hierfür ebenso ein Beleg wie menschliche Raff- und Machtgier sowie soziale Verantwortungslosigkeit. Hier ergeben sich wichtige Aufgaben für politische Weichenstellungen. Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit ist nun seit bald 150 Jahren ein politisches Ziel der SPD. Ein Ziel, das leider niemals ideal zu erreichen ist und vor allem nicht auf Dauer. Für das es sich aber lohnt zu kämpfen.

Auf kommunaler Ebene wollen wir erreichen, dass angesichts leerer Kassen wenigstens die Bereiche Bildung und Betreuung möglichst unangetastet bleiben. Für die SPD muss Mühlthal eine Gemeinde des Miteinanders, der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit bleiben. Wir müssen also darauf achten, dass der Blick und das Gefühl für den Nächsten nicht verloren geht.

Auf Landesebene kämpft die SPD dafür, dass den Kommunen auch die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sie für die Umsetzung von Gesetzen brauchen; dass also das in der Hessischen Verfassung verbrieft Konexitätsprinzip eingehalten wird. Und erhebliche Kürzungen der kommunalen Finanzzuweisungen zurückgenommen werden. Sogar CDU-Landräte haben sich deshalb an einer Sammelklage gegen die Hessische Landesregierung beteiligt.

Auf Bundesebene ist zu beachten, dass rund ein Viertel der Beschäftigten in Deutschland dem Niedriglohnsektor angehören. Leiharbeit, Zeitarbeit und das Fehlen eines Mindestlohns sind wesentliche Mitursachen. Haben sie gewusst, dass in Europa die Bundesrepublik das einzige Land ohne Mindestlohn ist (außer Zypern)? So wundert es nicht, dass die „soziale Schere“ immer weiter auseinander klafft: Die soziale Ungerechtigkeit wächst nach einer OECD-Studie in Deutschland stärker als in allen anderen Industriestaaten.



© Microsoft

Soziale Gerechtigkeit ist also eine wohlbegründete Forderung, kein verstaubtes Relikt und hat durchaus Nächstenliebe im Visier; auch wenn dies nicht von jedem so gesehen wird. Wir müssen Armut, auch im Alter, vermeiden. Wir müssen soziale Chancen durch Bildung verbessern. Wir brauchen eine faire Einkommensverteilung sowie gerechte soziale Sicherungssysteme, also Krankenversicherung und Alterssicherung. Dafür steht die SPD. Auch in Mühlthal.

Dr. Gerhard Giebenhain